

## **Gefahren und Probleme für das Naturwelterbe Wattenmeer durch den Ausbau von Offshore-Windparks und landseitiger industrieller Expansion**

Bürgermeister Ludwig Salverius, Stadt Norderney

28.04.2010 Landeshaus in Kiel

10 Jahre Offshore-Windenergie

10 Jahre erhebliche Belastungen durch Prüfungsaufwand in den Kommunen

10 Jahre im Widerstreit der Interessen zwischen Tourismus, Umwelt- und Naturschutz, Energiewirtschaft, politischen Vorstellungen der Bundes- und Landesebene.

Im Zeichen von Diskussionen um globale Klimaveränderungen und eines beschleunigten Meeresspiegelanstiegs haben es die Inselkommunen oder die Küste nicht einfach. Gerade der Küstenraum ist sensibel. Veränderungen, wie sie heute für die Zukunft prognostiziert werden, sind dort mit am ehesten erkennbar. Daher müsste und muss es im Interesse von Inseln und Küste liegen, alles erdenklich Mögliche zu unternehmen, um die wohl kaum aufzuhaltenden Veränderungen möglichst abzumildern oder zu verzögern. Dennoch lassen sich nicht alle Entwicklungen, die sich unter eine solche ökologische Handlungsüberschrift einordnen ließen, einfach anerkennen. Neben globalen Betrachtungen gibt es immer auch eine regionale und lokale Perspektive. – Denn schließlich ist schon so einiges in der Nordsee los.

**Bild 2:** Leitung, Plattformen u.a.

**Bild 3:** Nahbereich deutsche Nordsee

Wenn die teils kritische Haltung so wahrgenommen werden sollte, dass Inseln und Küste – ausgenommen strukturschwache und hafenbezogene Bereiche – eigentlich gegen sämtliche Arten der Energieerzeugung „meckern“, dann ist dies oberflächlich gesehen durchaus richtig bemerkt.

Das Tourismus und Natur einander bedingen ist keine neue Erkenntnis. Wäre nicht seit Jahrzehnten entsprechend gehandelt worden, wäre es nicht zur Anerkennung als Welterbestätte gekommen. Das Schutzinstrument eines nach wie vor nicht einheitlich gestalteten Nationalparks über drei Staaten hinweg leistet dabei den zeitgemäßen Rahmen.

Inseln und Küste können nicht einfach zusehen, wenn Häfen immer größer, deren Zufahrten immer tiefer angelegt werden. Auswirkungen in der Natur, in der Morphologie des Wattenmeeres durch Baggerungen und Verklappungen, bei der Zunahme see- und landseitigen Verkehrs sind die Folge. Mit allen Risiken. Das gilt weiter ebenso für den Ausbau gerade von Anlagen der Energiewirtschaft und Chemie in industriell geprägten Küstenzonen.

Beispielhaft möchte ich hier nur die niederländischen Aktivitäten im Ems-Dollart-Gebiet, Wilhelmshaven mit dem Tiefwasserhafenprojekt oder Hamburg mit all seinen Elbeproblemen nennen.

Dem nur allzu menschlichen Wunsch nach materieller Erfüllung kann und darf nicht alles untergeordnet werden! Es muss eine ausgewogene, von der Gesellschaft mehrheitlich getragene Position des Miteinanders gefunden werden. Das gilt insbesondere dann, wenn zum bekannten Spektrum neue Nutzungen hinzutreten.

**Bild 4:** Überblick Offshoreprojektierungen

Die feine Art ist es dabei sicher nicht, wenn RWE mit seinen Kraftwerksplänen in die Niederlande auf deren Leeseite ziehen, weil dort die Genehmigungsvoraussetzungen leichter

als in der Bundesrepublik sind. Klar ist jedoch, dass Emissionen vor irgendwelchen Staatsgrenzen und Naturschutzkartierungen nicht halt machen.

Von daher lässt sich heute eines ganz deutlich ausmachen:

Die wirklichen Gefahren und Risiken für den Naturraum Wattenmeer und Küste und damit zugleich den touristischen Wirtschaftsraum liegen außerhalb der Nationalparkgrenzen. Das interne Konfliktpotential ist dagegen überschaubar.

Da die Wirkungen allgegenwärtig sind, ist eine kritische Betrachtung der umgebenden Entwicklungen unabdingbar.

Vor 10 Jahren wollte man uns auf Norderney erzählen, kurze Formel: Wir bauen da weiter draußen ein paar größere WEA auf. Damit habt ihr aber eigentlich nichts zu tun. Sieht man nicht. Energie – vor allem umweltverträgliche – braucht das Land.

Auf das jahrelange Hickhack zwischen den Projektentwicklungsunternehmen ohne erforderlichen wirtschaftlichen Background will ich hier nicht eingehen. Vielmehr möchte ich zunächst die lokalen/regionalen Aspekte ansprechen:

**Bild 5:** Lage Norderney mit den festgelegten Schiffsverkehrswegen

- Über die Raumordnung wurde die Kabeltrasse über Norderney für die Pilotphasen der ersten Offshore-Parks als die umweltverträglichste festgestellt. Dem Ergebnis eines solchen Verfahrens lässt sich schwerlich etwas entgegen setzen. So haben wir es auch hingenommen, dass wir, die von Natur und Tourismus leben, direkt mit den Auswirkungen einer völlig neuen industriellen Nutzung in der Nordsee zu tun bekamen.

Hat es nach der Ankündigung 1999 nicht bis 2002, sondern 2009 gedauert, dass erste Anlagen stehen, werden aufgrund der Wirtschaftskrise die jährlichen, temporären Eingriffe in unserem Planraum kaum vor 2015 zu Ende sein.

Übrigens: Ein Planverfahren für einen weiteren Kabelkorridor an das Festland für die inzwischen avisierten Ausbauphasen der Parks gibt es bis heute nicht offiziell. Dafür aber die seit Jahrzehnten andauernden Querelen zwischen dem Land und den Wasser- und Schifffahrtsbehörden des Bundes über Möglichkeiten der Verlegung in den hafenbezogen ausgerichteten Ästuaren.

- Natur und Touristen kommen im Moment noch einigermaßen mit der Situation klar. Einfach ist dies nicht!

**Bild 6:** Anlandeplattform am Ostbadestrand Norderney

**Bild 7:** Systemschnitt Leitungsquerung Norderney

- Die landseitigen Trassendiskussionen sind bekannt, denn schließlich muss erst neues Durchleitungsvolumen geschaffen werden; beginnend von dort, wo bisher – bildlich – das dünne Ende war.

- **Bild 8: Daten einer Offshore-WEA**

Die OWP – 30 bis 40 km entfernt - wird man von den Inseln sehen können. Nicht immer, aber doch während ca. 3 – 4 Monaten. Das gilt für die Parks, die gleich einer Kette von West nach Ost vor den Ostfriesischen Inseln entstehen. Da wir die landschaftlich Veränderung mit dem Entstehen von „Spargelbeeten“ auf dem Festland beobachtet haben, ist dies eine bedenkliche Entwicklung.

**Bild 9:** Darstellung Erdkrümmung

Wasser und sich bewegende Schiffe gehören zum Bild und zu den Erwartungen an eine Insel, statische Industrieanlagen auf See und an Land weniger.

Nun hält man uns gern die grundsätzlich positive Einstellung der Bevölkerung zu WEA entgegen. Nun ja, die so umfassende Veränderung des Landschaftsbildes auf See gibt es noch nicht und lässt sich daher kaum gerade von Binnenländern beurteilen. Was denn, wenn die positive Einstellung aufgrund welcher Faktoren kippt? Der Tourismus und damit die von ihm existenziell abhängigen Bewohner der Inseln haben keine Chance der Reaktion.

Stehen die Anlagen, kann man sich in der Hoffnung, dass keine negativen Einschläge kommen, nur mit den sich dann bietenden Verhältnissen arrangieren. Wird die Situation beklagt, schlägt dies negativ zurück.

- Arg betroffen sind in jedem Fall die Inseln Borkum und Wangerooge, weil sogenannte Erprobungs-OWP in deren unmittelbarer Umgebung sogar im Niedersächsischen Nationalpark Wattenmeer errichtet werden sollen. Wie unsinnig es ist, wie sich technische Begründungen und wirtschaftliche Interessen mischen, mag daran zu erkennen sein, dass die Anlagen Alpha-Ventus (der Stiftung) bereits in Tiefwasser stehen und Bard Engineering in diesem Jahr nachzieht.

Bei großflächiger Betrachtung eröffnet sich noch ein ganz anderes Bild.

Genehmigungsgrundlage für OWP in der Ausschließlichen Wirtschaftszone – also außerhalb der landesrechtlichen Zuständigkeiten von Berg-, Boden-, Deich- oder Naturschutzrecht – ist die SeeanlagenVO. Dies Regelwerk kennt nur zwei Genehmigungsvorbehalte: 1. Die Sicherheit und Leichtigkeit des Schiffsverkehrs dürfen nicht beeinträchtigt sein und 2. ebenfalls nicht die Meeresumwelt.

Fragen der Erschließung – im Baurecht sonst elementar – spielen keine Rolle.

Kurios deshalb die Antragstellungen: Windparkausweisungen in der AWZ bis an das Küstenmeer/Nationalpark bzw. die 12-sm-Zone und dann ... nichts.

**Bild 10:** Gründungselemente – Größenordnungen

**Bild 11:** Plattform „alpha ventus“

Aufforderungen der Inseln, an dieser unbefriedigenden Situation etwas zu ändern, blieben bis heute unerfüllt. Es gibt keine durchgehende Planung und Genehmigung.

Das in diesen Zwang eingebettete BSH hatte vor über zehn Jahren bereits das Erfordernis der Anpassung der Regeln, insbesondere aber eine Raumordnung eingefordert. Alles bevor der Offshorerausch und das Abstecken von Claims auf See begannen.

**Bild 12:** E-Raumordnungsplan Nordsee

**Bild 13:** E-Raumordnungsplan Ostsee

Die Zeit des Agierens ist lang vorbei. Mit der inzwischen eingeleiteten Raumordnung wird jetzt der Versuch einer Lenkung unternommen; fragmentarisch wurde im Naturschutzrecht mit der Nennung von Eignungsgebieten gearbeitet.

Inzwischen liegen 21 Genehmigungen für die Nord- und drei für die Ostsee vor.

Die Genehmigungen enthalten jede Menge unbestimmte Rechtsbegriffe. Es ist von Anpassungen an die Entwicklung die Rede usw. Wer stellt aber den jeweiligen Status fest, wer gibt die Nachrüstung in Anlagentechnik und Sicherheit vor. Diejenigen, die auch die Zertifizierung gemacht haben?

Bestandteil der umfangreichen Genehmigungsanträge ist nach wie vor die Risikoanalyse. Bei aller Akzeptanz des theoretischen Gefahrenpotentials – es lässt sich nicht bestreiten, dass durch den Einzug einer Industrialisierung von Nord- und Ostsee durch OWP zusätzliche Gefahren in meist befahrenen Gewässern unseres Globus heraufbeschworen werden. Es sind eben Hindernisse, die dort auf hoher See entstehen. Wohin menschliches Versagen, welches im Übrigen nur am Rande in die Risikobetrachtungen einfließt, führen kann, wurde uns in diesen Tagen am Welterbe Barrier-Reef oder im Golf von Mexico wieder vor Augen geführt. **Bilder 14 + 15:** Explosion Bohrplattform Golf von Mexico - Ölteppich

Wenn die Juristen eine Klagebefugnis der Inseln in Bezug auf WP-Genehmigungen verneinen, ist dies kaum verständlich. Auch dem Juristen dürfte klar sein, wie es sich mit den tatsächlichen Folgen einer Kollision von Schiff und WEA entwickelt. Deshalb klagt die Insel Wangerooge weiter vor dem OVG Lüneburg.

Dazu passt auch die Aussage, dass in der Regel ja nicht der OWP Auslöser einer Havarie, sondern das Schiff Verursacher ist. Für jemanden, der wegen der Verunreinigung von Stränden im Dschungel von Reeder, Charter, Heimathafen und Flaggenstaat nach Verantwortlichen gesucht hat, wahrhaft hervorragende Perspektiven.

Daher ist es unumgänglich, dass eine solche politisch gewollte Entwicklung angemessen begleitet wird. Das umfasst die Ausweisung von Sperrgebieten und Bereichen mit Lotsenpflicht, die umfängliche, lückenlose Satellitenüberwachung, die Stationierung ausreichenden und geeigneten Hilfs- und Bergungsmaterials und natürlich dazu einer übergreifend, bestimmenden einheitlichen Küstenwache.